



Berlin aktuell



Thema der Woche • Thema der Woche • Thema der Woche • Thema der Woche

Die politische Lage in Deutschland

Kommunen bei Flüchtlingshilfe entlasten

Koalition übernimmt weitgehend Unions-Vorschläge zur Asylpolitik

Die Flüchtlingsbewegung nach Deutschland hat in den letzten Tagen und Wochen noch einmal stark zugenommen. Schon seit einigen Jahren steigt die Zahl der Menschen, die zu uns kommen, stetig an. Ihr Kommen ist häufig Ausdruck der außenpolitischen Krisen und kriegesischen Auseinandersetzungen, die wir vor allem in und rund um Syrien erleben. Derzeit befinden sich weltweit rund 60 Mio. Menschen auf der Flucht. Sie fliehen entweder innerhalb ihrer Heimatländer, in die unmittelbaren Nachbarstaaten oder nach Europa. Viele Flüchtlinge zieht es gerade nach Deutschland, wo wir die Auswirkungen nun zunehmend ganz konkret erleben.

Syrien, wo die Terrormiliz IS schrecklich wütet, ist nur ein Beispiel unter vielen – aus diesem Land sind alleine mehr als 11 Mio. Menschen geflohen. Wir müssen aber auch feststellen, dass ein ganz erheblicher Anteil der Asylbewerber vom Balkan kommt, aus Ländern, in denen weder Krieg noch politische Verfolgung herrscht. Sie können nicht bei uns bleiben. Menschen, die vor Krieg und aus Bedrohung flüchten, können sich jedoch grundsätzlich auf die Solidarität der Menschen in Deutschland verlassen.

Die Hilfsbereitschaft unserer Bürger ist beeindruckend und zugleich Ausdruck unserer inneren Stärke. Wir danken den vielen Ehrenamtlichen genauso wie den hauptamtlichen Bediensteten bei der Polizei, den Rettungskräften, den Bediensteten bei Bund, Länder und Kommunen. Gleichzeitig verurteilen wir auf das schärfste Übergriffe oder Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte.

Über die Organisation erster Hilfestellung hinaus, müssen wir die Flüchtlingsfrage aber insgesamt in den Blick nehmen. Wir müssen Handelnde bleiben, um eine mittel- und langfristige Lösung zu finden. Denn es ist auch klar, dass wir nicht jedes Jahr 800.000 Menschen bei uns aufnehmen können. Angesichts der hohen Zahlen verlangt dies uns allen eine enorme Kraftanstren-

gung ab. In dieser Phase ist es notwendig, parteiübergreifend zu handeln und sich nicht in ideologische Grabenkämpfe zu begeben.

In diesem Sinne haben wir in der vergangenen Woche mit unserem Koalitionspartner ein Gesamtpaket verabredet, in das nahezu alle Forderungen von CDU und CSU Eingang gefunden haben. Das Maßnahmenpaket zur Bewältigung des Flüchtlingsstromes setzt verschiedenen Punkten gleichzeitig an - genauso, wie wir es als Unionsfraktion vorgeschlagen hatten. Unser Handlungskatalog hat dabei einen fünfgliedrigen Ansatz: die Fluchtursachen bekämpfen, eine gemeinsame europäische Antwort finden, den tatsächlich Verfolgten helfen, die Nicht-Verfolgten dazu zu bringen, in ihrer Heimat zu bleiben oder dahin zurückzukehren und schließlich Kommunen und Ländern zu helfen.

Um Fluchtursachen im Ausland zu bekämpfen und Nachbarländer von Krisenstaaten zu stabilisieren, wollen wir das Engagement des Bundes für Krisenbewältigung und -prävention ausbauen. Dafür werden die Mittel im Haushalt des Auswärtigen Amtes um jährlich 400 Millionen Euro aufgestockt. Es ist erschütternd, wie skrupellos und menschenverachtend kriminelle Schleuserbanden sich an Flüchtlingen bereichern. Wir werden diese Form der Ausbeutung nicht hinnehmen und die Bekämpfung der Schleuserszene auf EU-Ebene intensivieren.

Die faire Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedstaaten ist eine Forderung, die ebenfalls Eingang in den Maßnahmenkatalog fand. In den EU-Mitgliedstaaten, an deren Außengrenzen der Flüchtlingsandrang besonders groß ist – wie in Italien, Ungarn oder Griechenland – sollen menschenwürdige Aufnahme- und Registrierungseinrichtungen geschaffen werden. Diese Staaten sollen dafür finanzielle Unterstützung erhalten.

Besonders positiv ist zu bewerten, dass nun auch Kosovo, Montenegro und Albanien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden sollen. Mit der

Ausweitung der Zahl der sicheren Herkunftsländer auf dem Balkan kann man verhindern, dass Menschen zu uns kommen, die eigentlich gar keinen Grund für ein Asylgesuch haben. In diesem Zusammenhang ist es auch ein richtiger Ansatz, dass Flüchtlinge in den Erstaufnahmelagern künftig weniger Geld- und mehr Sachleistungen bekommen. Auch das wird dazu führen, dass weniger Menschen aus asylfremden Gründen zu uns kommen. Gleiches gilt auch für den Vorstoß, Menschen ohne Chance auf Asyl aus den Erstaufnahmeeinrichtungen direkt in ihre Heimatländer zurückzuführen. Das ist eine wirkliche Entlastung für Landkreise und Kommunen.

Um die Flüchtlingssituation im Inland zu bewältigen, wollen wir im Haushalt für das kommende Jahr drei Milliarden Euro zusätzlich bereitstellen. Den Ländern und Kommunen sollen weitere drei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Wie sie genau verwendet werden, darüber soll bis zum 24. September Einvernehmen erzielt werden. Bei den Asylverfahren setzt die Koalition auf eine Beschleunigung der Bearbeitung. Dafür sollen die Stellen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BMAF) aufgestockt werden. Auch bei der Bundespolizei werden 3.000 zusätzliche Stellen für die kommenden drei Jahre geschaffen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen hilft der Bund Ländern und Kommunen beim Ausbau winterfester Plätze für die Flüchtlinge. Künftig sollen Länder und Kommunen bei der Versorgung der Flüchtlinge also finanziell besser unterstützt werden. Wir stellen als Bund dafür den Kommunen die Mittel zur Verfügung, verlangen aber auch, dass die Asylverfahren beschleunigt werden und Antragsteller mit geringen Aussichten auf eine erfolgreiche Bewilligung, in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben bis das Verfahren entschieden ist.

In diesen Tagen geht es darum, wie wir auf die humanitäre Herausforderung einer Massenflucht nach Europa und insbesondere nach Deutschland reagieren können. In dieser Lage ist es müßig, weitergehende Fragen wie etwa ein Einwanderungsgesetz zu diskutieren. Wir müssen sicherstellen, dass unser Land, seine Kommunen, öffentlichen Einrichtungen, die Hilfsbereitschaft seiner Menschen und seine Aufnahmefähigkeit nicht überfordert werden und wir mit der Union an der Spitze, aber gemeinsam mit den anderen Parteien die Flüchtlingsfrage lösen.

Die Woche im Parlament

Haushaltsgesetz 2016 und Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019. In dieser Woche stand die 1. Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs des Bundeshaushalts 2016 an. Wie üblich berät der Deutsche Bundestag damit auch den Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019.

Seit dem Kabinettsbeschluss Ende Juni ist eine völlig neue Lage entstanden, die sich erheblich auf die öffentlichen Kassen auswirkt. Der Rahmen ist mit den im Koalitionsausschuss vereinbarten 6 Mrd. Euro für die Flüchtlings- und Asylpolitik im nächsten Jahr gesteckt.

Die Unionsfraktion ist mit der Maßgabe in die Haushaltsberatungen eingetreten, weiterhin die schwarze Null ohne Steuererhöhungen umzusetzen. Angesichts des Flüchtlingszustroms, des Zins- und Konjunkturrisikos sowie der künftigen Finanzierung der Mütterrente ist dies gerade auch in der mittelfristigen Finanzplanung ein weiterhin ehrgeiziges Ziel. Der Kabinettsbeschluss, der die bereits 2014 erzielte schwarze Null über 2015 auch in den Jahren 2016 bis 2019 fortschreibt, ist dafür eine solide Grundlage.

Nach dem Regierungsentwurf sollen die Ausgaben im Bundeshaushalt 2016 um 10,4 Mrd. auf 312 Mrd. Euro angehoben werden. Auch in den Jahren bis 2019 steigen sie moderat in Höhe der zusätzlichen Einnahmen an. Dabei soll die Ausgabenwachstumsrate jeweils unter der erwarteten Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Zu den Schwerpunkten zählt der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der um 13,5 Prozent auf 7,42 Mrd. Euro ansteigen soll. Dies ist der höchste Zuwachs seit Gründung des Ministeriums. Auch für die Folgejahre sind Etats von je 7,5 Mrd. Euro eingeplant. Der Mittelaufwuchs dient vor allem der Bekämpfung der Fluchtursachen im Mittleren und Nahen Osten sowie in Afrika. So ist für 2016 geplant, 600 Mio. Euro in Flucht- und Aufnahmelandern besonders im Umfeld des Syrien-Konflikts zu investieren. Auch die Mittel im Kampf gegen den Klimawandel sollen um zusätzlich 250 Mio. Euro steigen.

Im Bundeshaushalt 2016 wird überdies die Initiative zur weiteren Stärkung der Investitionen des Bundes um zusätzliche 10 Mrd. Euro für die Jahre von 2016 bis 2018 umgesetzt. Der Schwerpunkt liegt bei Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur, die Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebauförderung.

Der Bund setzt auch seine kommunalfreundliche Politik weiter fort. Zusätzlich zum bereits beschlossenen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ im

Umfang von 3,5 Mrd. Euro für finanzschwache Kommunen hat der Koalitionsausschuss vom 6. September 2015 entschieden, zur Bewältigung der Flüchtlings- und Asylsituation Ländern und Kommunen weitere 3 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen. Über die Einzelheiten der Verwendung wird mit den Ländern bis zum 24. September 2015 Einvernehmen erzielt.

Vollständig berücksichtigt sind zudem die steuerlichen Entlastungen von 5,4 Mrd. Euro durch die Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Kinderzuschlags, des Alleinerziehendenfreibetrags und der Milderung der kalten Progression durch Verschiebung der Tarifgrenzen.

Klausurtagung des CSU/CDU-Fraktionsvorstandes

Die innere Sicherheit und ganz speziell die Themen Anti-Terrorkampf und Einbruchskriminalität bildeten einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt der Klausurtagung des Vorstandes der CSU/CDU-Fraktion aus vergangenen Woche. Zu dem im Anschluss verabschiedeten Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Terrorismus sowie zu anderen Aspekten der Inneren Sicherheit gehört u.a. der Gesetzentwurf zur Speicherung von Verbindungsdaten. Er soll jetzt so schnell wie möglich in Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden, damit Ermittler auch das Umfeld von Terroristen besser erkennen und Terrorakte verhindern können.

Um die Zahl der Wohnungseinbrüche zu bekämpfen, wurde ein mehrgliedriger Ansatz diskutiert: Mehr Polizisten beim Bund, härtere Bestrafung von Einbrechern, bessere Befugnisse für die Ermittlungsbehörden sowie Kriminalprävention durch Einbruchsicherung, finanziell unterstützt vom Bund. Zudem müssen in der Polizeiarbeit verstärkt die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden.

Die Lebensmittelsicherheit im Agrarbereich bildete einen weiteren Schwerpunkt der Klausur, zu dem Klaus Müller, Geschäftsführer des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, als externer Experte eingeladen war. Wir sind uns bewusst, dass eine sichere Ernährung für viele Menschen in Deutschland eine Frage von wesentlicher Bedeutung ist. Die Arbeit für eine wie bisher sichere Lebensmittelversorgung auf hohem Qualitätsniveau wird die Fraktion also auch weiterhin beschäftigen.

Weitere Themen waren eine Initiative zur weiteren Stärkung des Meister-Bafögs in der anstehenden parlamentarischen Beratung. Schließlich sprach sich der Fraktionsvorstand für einen raschen Abschluss des transatlantischen Handelsvertrags TTIP aus.

Daten und Fakten

Mittelstand für Auszubildende weiterhin attraktiv. Laut einer aktuellen Analyse auf Basis des repräsentativen KfW-Mittelstandspanels verliert die betriebliche Ausbildung zwar insgesamt an Zulauf, aber der Anteil der mittelständischen Wirtschaft an allen Auszubildenden steigt. Die Gesamtzahl der „Azubis“ in Deutschland ist seit Jahren rückläufig und liegt aktuell bei 1,36 Mio. (2014; zum Vergleich 2008: 1,61 Mio.). Den kleinen und mittleren Unternehmen ist es jedoch gelungen, die Zahl ihrer Auszubildenden in den letzten fünf Jahren konstant bei circa 1,2 Mio. zu halten. Damit absolvieren mittlerweile 85% aller Nachwuchskräfte ihre Berufsausbildung in einem mittelständischen Betrieb – ein Rekordwert. Für kleine und mittlere Unternehmen ist die betriebliche Ausbildung das zentrale Instrument zur Fachkräftesicherung. So haben auch bereits 28% der Betriebe Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität ihrer Ausbildungsplätze ergriffen, weitere 35% haben entsprechende Pläne. (Quelle: KfW)

Mehr Geburten und weniger Sterbefälle in Deutschland. Im Jahr 2014 wurden in Deutschland 715.000 Kinder lebend geboren. Das waren 33.000 Neugeborene oder 4,8% mehr als im Jahr 2013 (682.000). In Deutschland waren zuletzt im Jahr 2004 mehr als 700.000 Kinder zur Welt gekommen. Im Jahr 2014 starben 868.000 Menschen, gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Sterbefälle um 2,8% gesunken (2013: 894.000). Wie in allen Jahren seit 1972 starben somit mehr Menschen als Kinder geboren wurden. 2014 lag die Differenz bei 153.000, im Jahr 2013 bei 212.000. Den Bund der Ehe haben 386.000 Paare im Jahr 2014 geschlossen. Das ist eine Steigerung um 12.000 beziehungsweise 3,3% gegenüber dem Vorjahr (2013: 374.000). (Quelle: Statistisches Bundesamt)



Dr. Maria Flachsbarth, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 7 46 66
Fax: (030) 227 7 66 66
www.flachsbarth.info